

„Da sind die Verteidiger des Status quo und die Privilegienritter vor den Vorhang getreten. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass die Schulen für einen bestimmten Lehrertypus und nicht für die Schüler da sind.“

HANNES ANDROSCH ZU DEN PROTESTAKTIONEN DER LEHRERGEWERKSCHAFT GEGEN UNTERRICHTSMINISTERIN CLAUDIA SCHMIED



„Wir haben Rahmenbedingungen

Für Hannes Androsch (72) ist das EU-Maßnahmenpaket zur Stützung Griechenlands ein Rettungsplan zur Wiederbelebung deutscher und französischer Banken. In der Folge werde aber auch Österreich nicht um ein scharfes Sparpaket herumkommen. Der Ex-Finanzminister und frühere CA-Generaldirektor will außerdem nicht einsehen, dass Lehrer während des Schuljahres drei Wochen auf Kur gehen dürfen.

UNTERNEHMER: Herr Androsch, Sie sind in Ihrer Funktion als Regierungskommissär der österreichischen Expo-Beteiligung gerade aus Shanghai zurückgekehrt. Wie zufrieden waren Sie mit der Eröffnung und mit der Performance der Österreicher?
Ich glaube, es ist uns gelungen, unser Land exzellent zu präsentieren. Von chinesischer Seite haben wir dafür ein ausgezeichnetes Feedback erhalten. Entsprechend dem Expo-Motto „Better City – Better Life“ wurde von uns Wert darauf gelegt, unsere Stärken im kommunalen Technologiebereich aufzuzeigen. Wir sind schließlich ein Best-Practice-Modell: Wien ist erneut im bekannten Mercer-Ranking zur lebenswertesten Großstadt

weltweit erklärt worden. Österreich weist in puncto Lebensqualität auch einen relativ harmonischen Ausgleich zwischen Stadt und Land auf – eine Entwicklung, die für China mit der immensen Binnenmigration von großer Dringlichkeit ist.

War es schwierig, Österreichs Wirtschaft zur Teilnahme an der Expo zu animieren?

Nein. Sehr viele Firmen nutzen diese Plattform aus gutem Grund. Im Vergleich zu Schweden, Finnland oder der Schweiz ist die heimische Exportintensität in diese Weltregion noch immer gering. Daher müssen unsere

Unternehmen verstärkt Flagge zeigen. Unsere Ausgangsposition ist durchaus eine gute: In diesen Tagen war eine große chinesische Handelsdelegation unter der Führung des Handelsministers in Österreich, um auszuloten, was wir zu bieten haben. Obwohl wir im Vergleich zu den chinesischen Dimensionen nur ein winziges Land sind, treffen wir dort auf eine überdurchschnittliche Wahrnehmung und große Sympathie.

Wird der Boom der chinesischen Wirtschaft anhalten?

Die Sichtweisen sind sehr unterschiedlich. Es gibt die Prophezeiung, dass der kometenhafte Aufstieg wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen wird. Das andere Extrem liegt in der Meinung, dass China in ein paar Jahren die alles dominierende Hegemonialmacht im pazifischen Raum sein wird. Ich bin davon überzeugt,

anlasst. Die Griechen sind dabei im extremen Ausmaß aktiv geworden, sie stehen damit aber nicht allein. Da hat man zu lange zugeschaut. Dazu kommt das Faktum, dass Banken in Deutschland und in Frankreich, aber auch bei uns im Wert von über 100 Mrd. Euro griechische Staatsanleihen erworben haben. Diese wären bei einem Staatsbankrott Griechenlands wertlos. Daher war man zu einem Rettungsplan gezwungen. Im Mittelpunkt der Maßnahmen stand aber nicht Griechenland, sondern in erster Linie die Notwendigkeit, die eigenen Banken zu retten, um weiteren Schaden vom europäischen Finanzsystem abzuwenden.

Trauen Sie den Hellenen zu, sich aus der jetzigen Situation herauszumanövrieren?

en wie nach einem Krieg“

dass keines der beiden Extreme eintreffen wird. China wird seinen erfolgreichen Weg trotz aller Spannungen und Probleme, die damit vielfach unvermeidbar verbunden sind, weitergehen. Ein Hauptgrund dabei ist, das bevölkerungsreichste Land der Welt stabil zu halten.

Themenwechsel: Der Euro ist binnen weniger Wochen auf unter 1,20 gegenüber dem Dollar gesunken. Droht das Konzept der Währungsunion zu scheitern?

Scheitern kann immer alles, in diesem Fall ist die Wahrscheinlichkeit aber sehr gering. Es besteht aber die Notwendigkeit, Versäumnisse, die bei der Schaffung der Eurozone passiert sind, zu korrigieren. Faktum ist, dass ein Binnenmarkt eine gemeinsame Währung braucht. Eine solche bedingt auch ein Mindestmaß einer gemeinsamen Wirtschafts-, Finanz- und Budgetpolitik. Davon waren wir während der ersten elf Jahre Eurozone weit entfernt. Eine gemeinsame Währung, bei der jedes einzelne Mitglied meint, machen zu können, was es will, kann nur hinken.

Die EZB als Steuerungs- und Reglementierungsinstrument ... genügt nicht. Und zwar, weil die EZB richtigerweise als Notenbank auf die Budgetpolitik der Euro-Mitgliedsländer keinen Einfluss hat. Das wiederum hat einige Mitglieder zu kreativem Finanzgebaren ver-

Ohne einen Abschlag wird es nicht gehen können – in der Betriebswirtschaft bezeichnet man dies als Ausgleich. Griechenland hat zudem, selbst wenn es die größten Anstrengungen unternehmen würde, bei den erteilten Auflagen gar nicht das Potenzial, diese Summen in absehbarer Zeit zur Gänze zurückzuzahlen. Der Währungsfonds hat völlig recht, wenn er sich gegen solche überzogene Auflagen wendet – vor allem im Hinblick auf den Zeitraum der Rückzahlungen. Mit dem beschlossenen Hilfspaket für Griechenland wurde zunächst einmal Zeit gewonnen, eine umfassende Lösung des Problems steht noch aus.

Was würde ein Schuldenabschlag bedeuten?

Die Banken müssten 30, 40 % ihrer Forderungen abschreiben, nicht unähnlich wie bei einem Ausgleich einer Firma.

Sind die Banken dafür stabil genug?

Wenn sie alles auf einmal verdauen müssen, dann nein. Aber über mehrere Jahre hinweg verteilt, werden sie den Schlag wohl wegstecken können. Das ist ja auch bei allen anderen Krisenfällen dieser Art so gewesen. Wir stehen ja vor keinem neuen Phänomen. Ich verweise nur auf die Mexiko-Krise 1982, auf die die Asien-Krise, die Russland-Krise, Argentinien und wieder Mexiko folgten. Das ist nichts Neues.

ZUR PERSON



Dr. Hannes Androsch (*18. April 1938 in Wien) startet nach seiner Zeit als Finanzminister, Vizekanzler, CA-Generaldirektor und Berater der Weltbank eine neue Laufbahn als Industrieller. Er ist u.a. Mitgesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzender des Leiterplattenherstellers AT&S, der Salinen und des Wettanbieters bwin. Darüber hinaus ist er Aufsichtsratsvorsitzender von AIT Austrian Institute of Technology, stellvertretender Vorsitzender der FIMBAG Finanzmarktbelegung Aktiengesellschaft des Bundes und Vorsitzender des Universitätsrates der Montanuniversität Leoben. Außerdem bekleidet er zahlreiche ehrenamtliche Funktionen, darunter österreichischer Regierungskommissär für die Expo 2010 in Shanghai.

Wie professionell wurde die Griechenland-Krise von der EU gemanagt? In den 40 Jahren, die ich als ökonomisch denkender Mensch überschauen kann, war das sicherlich das schlechteste Krisenmanagement, das mir je begegnet ist.

Inwiefern?

Weil man nicht rasch genug gehandelt und zusätzlich noch Öl ins Feuer gegossen hat.

Warum war die Zeitfrage so heikel?

Das ist wie bei einer schweren Erkrankung. Je eher man die Krankheit erkennt und je früher man diese behandelt, umso größer sind die Heilungschancen. Die Nervosität der Anleger ist während der Krise dramatisch gestiegen. Und daher haben wir jetzt ein weltweites Investorenverhalten, das als panikös zu bezeichnen ist. Diese unnötige Verschärfung der Krise wurde durch das zögerliche Verhalten der großen Euro-Mitgliedsländer provoziert. Das meine ich mit „Öl ins Feuer gießen“.

Wie sehen die Szenarien aus, wenn weitere Euro-Länder in die Nähe des Staatsbankrotts gerückt werden?

Ein Ausscheiden einzelner Länder aus der Währungszone würde das beschriebene Problem der Banken in Frankreich, Deutschland oder in Österreich nicht um einen Cent verbessern. Die griechischen Anleihen bleiben ja in den Portefeuilles der Geldinstitute. Daher ist dieser Vorschlag ein Unsinn, der nur von einem tiefen Unverständnis darüber zeugt, wie die Dinge zusammenhängen. Griechenland wurde ja nicht aus Altruismus gerettet, sondern aus Eigennutz. Es galt, die großen EU-Banken zu retten. In dem Punkt wurde, wie schon verdeutlicht, nicht mehr erreicht als ein Zeitgewinn. Die fälligen Wertberichtigungen der Banken müssten auf einige Jahre verteilt werden. Wenn eine schwere Last nicht sofort in vollem Umfang geschultert werden muss, sondern Stück für Stück abgebaut werden kann, dann fällt deren Bewältigung leichter. Daher ist der Vorschlag, Griechenland aus der Euro-Zone auszuschließen – vornehm formuliert – ein großes Missverständnis.

Ist das globale Finanzsystem aktueller Ausprägung noch zu verteidigen?

Es hat sich fehlentwickelt. Die Finanzwirtschaft sollte ein Hilfsmittel für die Realwirtschaft sein. Der Finanzsektor ist, sinnbildlich gesprochen, der monetäre Blutkreislauf und gleichzeitig Katalysator für milliardenfache einzelwirtschaftliche Beziehungen und Verflechtungen. In den letzten Jahren hat sich

das Finanzsystem von der Realökonomie entkoppelt und ist zum Selbstzweck geworden. Wir brauchen ungleich mehr Disziplin und auch wieder ein realistisches Verständnis dafür, was die eigentlichen Aufgaben der Finanzwirtschaft sind.

Gibt es Ansätze in diese Richtung?

Diese Strategie ist ja leichter eingefordert als umgesetzt. Vorschläge gibt es dazu tonnenweise. Amerika hat erste Schritte in Richtung einer Regulierung gesetzt. Präsident Obama muss diese in den nächsten Wochen formell absegnen. Europa ist noch nicht so weit. Und der Unterschied zu Indien und China liegt darin, dass es dort keinen freien Kapitalverkehr gibt, im Euroraum aber schon. Daher machen Einzelaktionen bei uns keinen Sinn. Wenn Deutschland im Alleingang ungedeckte Leerverkäufe verbietet, dann finden, solange es keine internationalen Regelungen gibt, solche Geschäfte in London, New York oder sonst wo statt.

Griechenland, Spanien, Italien, aber auch Großbritannien und Frankreich schnüren Sparpakete.

Wie sehen Sie die Budgetsituation in Österreich?

Diese ist sicherlich nicht so dramatisch wie in den angesprochenen Ländern. Die Situation ist aber auch bei uns ernst genug. Es ist allerhöchste Zeit, gegenzusteuern. Dabei gilt es, die richtigen Ansätze zu finden. Wachstumstreiber dürfen nicht verkümmern, das gilt im Besonderen für Bildung, Wissenschaft und Forschung als Keimzellen für Innovationen. Innovationen sind die Grundvoraussetzung für qualitatives wirtschaftliches Wachstum. Wenn wir unser Wachstumspotenzial nicht ausschöpfen – nur wer sät, kann ernten –, dann wird die Budgetkonsolidierung nicht gelingen. Gleichzeitig muss eingespart werden, indem längst überfällige Einsparungen, etwa in der überbordenden Bürokratie, umgesetzt werden.

Sie sprechen in einem Kommentar von der „Geisel des Status quo“ in Österreich. Wo sehen Sie reale Chancen der Änderung? Etwa beim Dienstrecht im öffentlichen Bereich und bei Strukturen, die sich längst überlebt haben. Niemand braucht Bezirksschulbehörden, niemand braucht ein Militärkommando in jeder Landeshauptstadt, unser Heer braucht keine 24.000 Verwaltungsbeamte, die Schweiz kommt mit 8.000 aus. Wir haben weiters etwa viel zu viele Peripheriespitäler mit teuren Medizingeräten, die nicht entsprechend genutzt werden.

Diese Dinge liegen schon lange auf dem Tisch ...

Ich hoffe, dass die Krise der strenge Zuchtmeister ist, damit endlich das angepackt wird, was oft seit vielen Jahren überfällig ist. Die notwendigen Einschnitte müssen jetzt umgesetzt werden, um noch Schlimmeres und Schmerzhafteres zu vermeiden.

Ist eine Föderalismusreform in Österreich möglich? Wesentliche politische Säulen wie Landesregierungen und Landeshauptleute würden ganz oder teilweise obsolet.

Diese muss möglich sein. Sonst wird sie uns von außen aufgezwungen werden. Was jetzt den Griechen passiert, ähnelt der Situation Österreichs in den 1920er Jahren, als wir einen Völkerbundkommissar hinnehmen mussten. Bei den Griechen ist es jetzt der Vertreter des Währungsfonds.

Ist der Sozialstaat zu reformieren?

Wir müssen ihn den demografischen Verhältnissen anpassen. Hier befinden wir uns in einer Zeitenwende. Wenn wir nicht handeln, droht uns ein Kollaps, wie er in Griechenland vorexerziert wurde. Wenn die Babyboomer-Jahrgänge in die Pension gehen, und zwar oft früher als notwendig, und wir dieser Entwicklung nur die geburtenschwachen Jahrgänge mit einer längeren Ausbildung gegenüberstellen, dann entsteht ein gefährliches Missverhältnis. Dieses hat sich schon lange abgezeichnet. Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, dass die Belastung der öffentlichen Haushalte durch Pensionen, Pflegeaufwand, Gesundheitsausgaben und Sonstiges noch weiter steigt. Erschwerend kommt hinzu, dass aufgrund der Geburtenrückgänge mit einem Mangel an Arbeitskräften zu rechnen ist.

Wo liegt die Lösung? Weniger staatliche Leistung? Oder höhere Beiträge?

Es wird eine Mischung aus beidem sein müssen.

Es wird der Verzicht auf Leistungen überdacht werden müssen. Einzelne Beiträge wird man aber auch direkt oder indirekt erhöhen müssen. Vor allem aber müssen wir trachten, im öffentlichen Sektor die Effizienz zu erhöhen. Wir verschwenden 20 Mrd. Euro (!) durch ineffiziente Verwaltung, das sind immerhin 7% unseres Sozialprodukts. Das kann nicht mit einem Schlag geschehen. Aber wenn wir die Umsetzung stufenweise vornehmen, dann könnten wir ungleich effizienter und wahrscheinlich auch wettbewerbsfähiger werden. Zudem würde sich unsere Standortattraktivität erheblich verbessern.



Hannes Androsch im Interview mit Josef Ruhaltinger

Ist der Staat schuld, wenn Unternehmensgründer in erster Linie als Einpersonenernehmen die Gründungsstatistiken schönen?

Die Regulierungsdichte hat leider nicht ab-, sondern zugenommen. Der Vorschriftenschwungel macht die Arbeit der Firmen nicht leichter. Und es ist eine dramatische Verteilungsungerechtigkeit zwischen dem ungeschützten Sektor, wo Unternehmen und Menschen im Wettbewerb stehen, und dem geschützten, gleichsam pragmatisierten Sektor entstanden. Wenn man den Unterschied zwischen einem Leiharbeiter und einem Landesbediensteten betrachtet, so muss man sich schon fragen, inwieweit dabei von Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit die Rede sein kann.

Unterrichtsinministerin Claudia Schmied wurde mit ihrem Vorschlag, bei den Lehrern zwei Stunden Mehrarbeit gegen das Privileg der Unkündbarkeit einzutauschen, von Lehrgewerkschaft und Regierungskollegen der Lächerlichkeit preisgegeben. Glauben Sie in diesem Punkt an Veränderung?

Es muss sie geben. Da sind die Verteidiger des Status quo und die Privilegienritter vor den Vorhang getreten. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass die Schulen für einen bestimmten Lehrertypus und nicht für die Schüler da sind. Mir ist ein Fall bekannt, bei dem eine Lehrerin besonders aktiv an den damaligen Protestmaßnahmen teilgenommen hat und wenige Tage später mitten im Schuljahr drei Wochen auf Kur gegangen ist. Wohl jeder kennt solche Beispiele. Die soziale Diskrepanz zwischen den Beschäftigten im öffentlichen und im privaten Sektor muss geschlossen werden. Auch das ist soziale Gerechtigkeit.